



Gegen allgemeine Anzeigepflicht

WIEN – Namhafte Experten sind gestern entschieden gegen einen Gesetzesentwurf des Justizministeriums aufgetreten, der für Personen, die mit der Obsorge und Betreuung von Kindern betraut sind, die Wiedereinführung der allgemeinen Anzeigepflicht bei Verdacht auf Gewalt und sexuellen Missbrauch vorsieht. Das „Netzwerk Kinderrechte Österreich“ – der Verein setzt sich aus 27 verschiedenen Kinderschutz-Organisationen zusammen – spricht von einer „Katastrophe für die betroffenen Kinder“.